

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 30 (1989)
Heft: 19

Artikel: Ostberlins Kalkül : von Budapest durchkreuzt
Autor: Sager, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093701>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

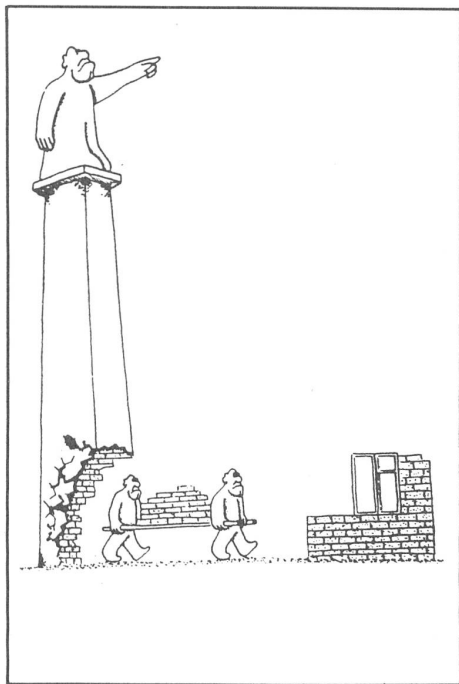
Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ostberlins Kalkül – von Budapest durchkreuzt



«Ogonjok», Moskau

Zehntausende DDR-Urlauber sind aus Ungarn über die österreichische Grenze nach der Bundesrepublik ausgereist. Die DDR hätte ihre Vorkehrungen dagegen treffen können. Wieso hat sie es nicht getan?

Das ist eine sehr merkwürdige Erscheinung. Die DDR hat ihre scharfe Grenzüberwachung, Selbstschussanlagen und Minenfelder aus der Zeit des kältesten Krieges, aufrechterhalten. Sie hat, um die «Abstimmung mit den Füßen» zu verhindern, am 13. August 1961 in Ostberlin auch die Mauer errichtet, die immer noch steht. Wie konnte es jetzt zu dieser Fluchtbewegung kommen?

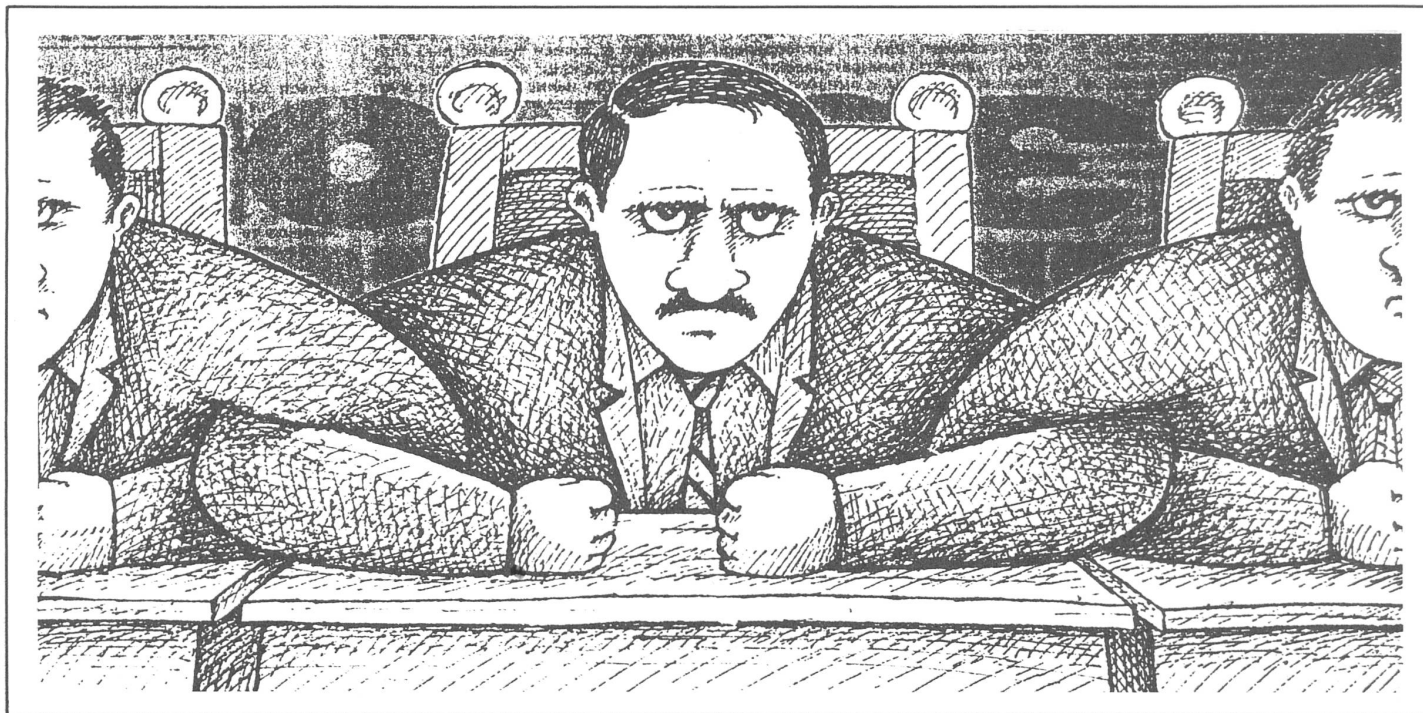
Die naheliegende Erklärung – besonders angesichts der Führungsunsicherheit in der DDR wegen der Krankheit Honeckers – geht von Hilflosigkeit und Desorientierung der DDR-Behörden aus. Das wäre glaubhaft, wenn es sich um ein einmaliges Versagen gehandelt hätte. Aber diese besondere Krise hat sich seit Wochen entwickelt.

Wollten die Behörden in Pankow keine Gegenmassnahmen ergreifen? Diese Mög-

lichkeit ist nicht von der Hand zu weisen, zumal weitere 8000 Urlauber aus der DDR noch nach Ungarn ausreisen durften, als Fluchtabsichten schon bekannt waren. Warum entlässt die DDR Ausreisewillige so liberal, die bis anhin entweder inhaftiert oder sonstwie benachteiligt oder bestenfalls in die Bundesrepublik verkauft wurden?

Diese Widersprüchlichkeit im Verhalten der DDR-Behörden lässt sich auf dem Hintergrund der Beziehungsverhältnisse im Dreieck Rumänien–Ungarn–DDR vielleicht erklären.

Dabei sind folgende zwei Umstände zu bedenken. Einerseits sind Rumänien und die DDR (im Verein mit der Tschechoslowakei) von reformfeindlichen Regimen beherrscht, die durch den Reformkurs namentlich in Ungarn verunsichert sind. Das erzeugt einen Solidaritätseffekt: Pankow und Prag haben Bukarest ihre Unterstützung zugesagt. Andererseits hat Rumäniens Diktator Ceausescu mit seiner Systematisierungskampagne die Ausmerzungen Tausender Dörfer angesagt und damit vor allem die ungarische Minder-



6 Aus der Geschichte der Gegenwart. («Ogonjok», Moskau, Nr. 4/1989)

heit verängstigt. Die Folge ist ein Exodus aus Rumänien: Ungarn hat rund 30 000 Flüchtlinge aus dem Nachbarland aufnehmen müssen.

Es könnte sehr wohl gewesen sein, dass die DDR-Führung das Bedürfnis empfindet, einen Tatbeweis für die Solidarität mit Rumänien auch im eigenen Interesse zu leisten.

Vor mehreren Wochen hat Ungarn den Drahtverhau an der Grenze zu Österreich durchschnitten und dann weggeräumt. Das musste besonders viele Menschen aus der DDR auf Urlaub nach Ungarn locken in der Hoffnung, nach Österreich und damit in die Freiheit auszureisen. Es wäre zu erwarten gewesen, dass die Abgabe von Urlaubspässen für Ungarn in der DDR eingestellt werde, um eine allfällige Flucht zu verhindern. Warum sind im Gegenteil solche Pässe weiterhin grosszügig abgegeben worden?

In einem zwischenstaatlichen Abkommen haben sich die DDR und Ungarn verpflichtet, Ferienreisende nicht in ein Drittland ausreisen zu lassen. Die DDR durfte mithin von der Annahme ausgehen, dass seine Urlauber in grosser Zahl just nach Ungarn reisen wollten, um nach Österreich zu gelangen, aber daran von den ungarischen Behörden gehindert würden. Damit wären Zehntausende von DDR-Staatsangehörigen in Ungarn steckengeblieben – mit der Wirkung einer völligen Destabilisierung Ungarns.

Denn zu 30 000 Flüchtlingen aus Rumänien konnten 60 000 Flüchtlinge aus der DDR nicht auch noch in so kurzer Zeit verkrachtet werden. Zumal Ungarn eben diese Urlauber kaum gewaltsam in die DDR zurückführen durfte, derweil Flüchtlinge aus Rumänien aufgenommen werden.

Die Rechnung der DDR-Behörden ist nicht aufgegangen, weil die ungarische Regierung den Mut aufbrachte, Urlaubern, welche die DDR ausreisen liess, nicht an der Weiterreise nach Österreich zu hindern.

Im Interesse der Menschenrechte und gemäss den Bestimmungen des KSZE-Schlussdokumentes von Wien hat Ungarn in einer sehr heiklen Lage eine beispielhafte Entscheidung getroffen und ein taktisches Manöver reformfeindlicher Kreise durchkreuzt. Die DDR hat zum Spott nun auch den Schaden, weil sie für diese Ausreiser der Bundesrepublik keine Kosten verrechnen kann. So verliert sie Deviseneinnahmen in Millionenhöhe.

Allerdings, die Reformanhänger bis in die Sowjetunion hinein werden durch diese Entwicklung doch auch belastet.

Die ungarische Entscheidung liegt zwar durchaus auf der Linie der sowjetischen Reformen. Aber das darf die Sowjetführung angesichts ihrer eigenen Schwierigkeiten gegenwärtig nicht ausdrücklich eingestehen. Daher die unterschiedlichen Reaktionen aus

BRIEFE

Siebenbürgen

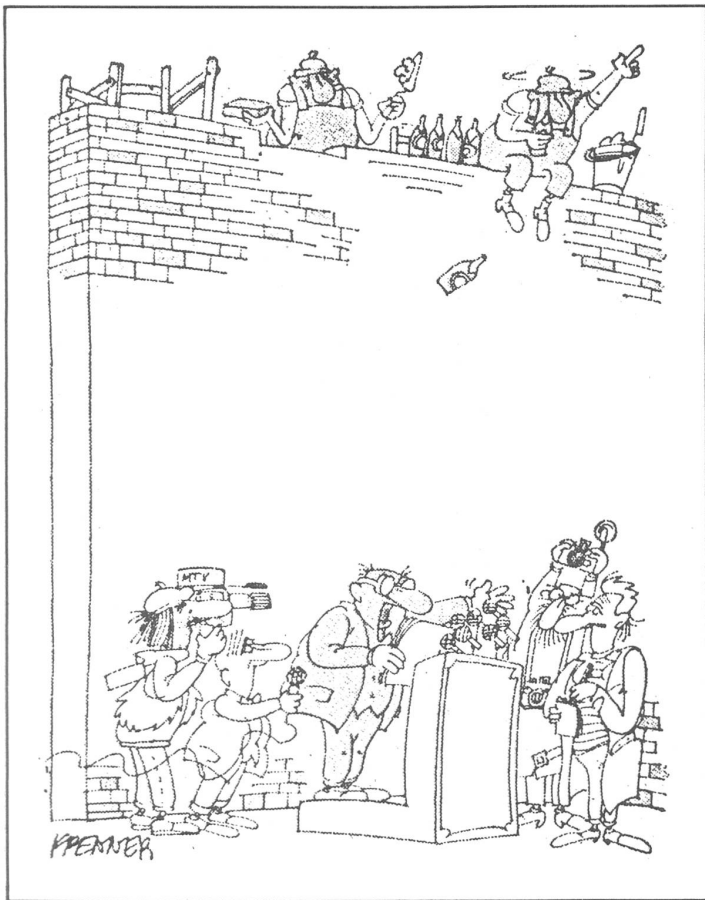
In Ihrer Ausgabe 16/89 vom 10. August haben Sie einen «Unser Transsilvanien» betitelten Artikel eines «Dr. C. Ilie, Historiker, Bukarest» publiziert, der eine Entgegnung auf einen von Dr. Istvan Gedai in Budapest verfassten Beitrag darstellt, welcher in Ihrer Nummer 12/89 vom 15. Juni erschien.

Ich möchte die Gelegenheit benützen, Ihnen für alle Fälle mitzuteilen, dass es sich beim rumänischen Verfasser meines Erachtens nur um Ilie Ceausescu, Chefredakteur der «Revista română de istorie militară», Präsident der Rumänischen Kommission für Militärgeschichte, Sekretär des Höheren Politischen Heeresrats, Vizeverteidigungsminister und v. a. Bruder des Staatspräsidenten, handeln kann. Dieser hat sich in der Siebenbürgen-Frage immer wieder sehr energisch hervorgetan. or

Moskau, die übrigens den heutigen sowjetischen Meinungspluralismus belegen. Der Regierungssprecher hat grösste Zurückhaltung an den Tag gelegt; dafür hat die Nachrichtenagentur Tass einen Angriff gegen «Abwerber» und «Revanchisten» vorgetragen. Was Ligatschow in Ostberlin über Ungarn gesagt hat, wird wohl Geheimnis bleiben. Doch auch er kann, wenn er im Namen der sowjetischen Regierung spricht, die ungarische Entscheidung weder verdammen noch gutheissen. Vielmehr muss er danach trachten, dass in der DDR nicht weiteres Porzellan zerschlagen wird. Und sollte er sich rein privat gegen Ungarn äussern, so wäre das ein schwaches Trostpflaster für die DDR-Führung.

In diesem Staate brodeln es. Hundert Personen, darunter solche mit Rang, sind im Begriff, ein «Neues Forum» zu gründen, weil sie einen Staat «voller Büttel, Spitzel und nichtstuender Maulhelden» nicht mehr ertragen. Initiativen werden ergriffen zur Gründung politischer Parteien, die nicht im Kielwasser der SED segeln wollen. In Leipzig wurde die Nikolai-Kirche von Sicherheitskräften umstellt, da anlässlich der monatlichen Friedensgebete oppositionelle Stimmen laut wurden.

Zu all dem ist Staatschef Honecker offenbar schwer erkrankt, ist seine Nachfolge nicht geregelt, ist der Machtkampf darum ausgebrochen. Wie kann der Zusammenbruch eines Staates aufgehalten werden, der einzig auf dem Fundament des Marxismus-Leninismus gründet, dies in einer Zeit, da die Ideologie zerbröckelt? Wohl nur, indem Honeckers Nachfolger glaubwürdig auf den Reformkurs einschwenken.



«Statt des Nationaltheaters bauen wir besser eine Klage-mauer . . .» («Budapester Rundschau» Nr. 5/1989)